

Maskentragpflicht – und was es dazu braucht

«Immer mehr wollen Schutzmasken tragen», Ausgabe vom 22. April

Wir Bürger der Schweiz vertrauen unserem Bundesrat in dieser schweren Zeit. Leider werden wir von ihm in einer sehr heiklen Angelegenheit im Unklaren gelassen. Alle umliegenden Länder haben mit der Maskentragpflicht angefangen. Nur wir nicht. Wir können nicht mit der Tragpflicht beginnen, weil wir nicht genügend Masken haben. Unser Land hat alle Fabriken, welche in der Lage wären solche Masken herzustellen, ausgelagert, oder sie sind sonst im Ausland ansässig. Mit anderen wichtigen Ausrüstungsgegenständen ist es ähnlich gegangen. Der Bund besitzt keine Macht, den Wegzug solcher Firmen zu verhindern. Mit solchen Gesetzeslücken schauflert er für uns das Grab. Vielleicht lernt er aus diesem tragischen Fall.

Josef Bühler, Dietwil

Der Besuch von Coiffure, Kosmetikstudios, Fusspflege, Physiotherapie, Hausarzt und einiges mehr sind bald wieder

möglich. Wie der Bundesrat informierte, beliefert er die Detailhändler in diesen Tagen mit Masken für den Weiterverkauf an die vulnerablen Gruppen. Auf die Ankündigung, diese gratis in alle Haushalte zu versenden, verzichtet er kurzzeitig.

Zeit, dass auch die Ergänzungsleistungsbeziehenden wieder einen Fuss aus dem Haus riskieren, sei es, um die gesundheitlich notwendige Anzahl Schritte auszuführen, Vitamin B zu tanken oder um wieder selbst einzukaufen oder eben auch wichtige Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Was für Normalverdienende zumutbar ist – nämlich der Kauf von Schutzmasken, Desinfektionsmittel oder die Bezahlung eines Hausliefererservices – kann für ältere Menschen, die zur Deckung ihres Lebensunterhaltes auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind, zu einem existenziellen Problem werden. Bekanntlich müssen viele Betroffene aufgrund der tiefen Mietzinsobergrenze (für Alleinstehende 1100 Franken), einen Teil ihres Haushaltsgeldes regelmässig für die höheren Marktmieten aufwenden. Nicht ohne Grund zeigt die Statistik, dass die

Lebenserwartung von Menschen mit geringen Einkommen im Durchschnitt zehn Jahre unter derjenigen von Gutverdienenden liegt.

Vor diesem Hintergrund seien Kanton und Parlament aufgerufen, dieser finanziell benachteiligten Bevölkerungsgruppe einen einmaligen Krisen-Beitrag von 100 Franken steuerfrei zuzustellen.

Heidi Joos, Luzern, Geschäftsführerin Avenir50plus Schweiz

Epidemiologen sind keine Götter... nein, da hat Patrik Müller recht (Ausgabe vom 21. April). Aber seit man den Ratschlägen dieser Wissenschaft Gehör schenkte, gingen die Ansteckungen durch Covid-19 drastisch zurück, und damit auch die Zahl der Todesfälle. Nun übergeht man die Forderung nach Maskentrag-Pflicht (lässt man die Lieferbarkeit mal weg), obwohl gerade aus Deutschland aktuell berichtet wird, dass in der grossen Stadt Jena mit dieser Pflicht während mehr als zwölf Tagen null Ansteckungen ausgewiesen worden sind.

Roland Grütter, Luzern

Dank Beiträgen werden auch Eltern entlastet

«Kanton Luzern: Regierung hilft Kitas und bangt um den Tourismus», Ausgabe vom 24. April

Die Luzerner Regierung hat gegenüber Kitas, Tagesfamilien und Eltern ein wichtiges und richtiges Zeichen gesetzt, das wir sehr begrüssen.

Kinderbetreuungseinrichtungen können und wollen

diese Wertschätzung jetzt an die Eltern weitergeben: Indem sie den Aufwand auf sich nehmen, die bereitgestellten Formulare auszufüllen. Damit schreiben sie all denjenigen Eltern, die während der Coronazeit ihre Kinder zu Hause betreuen, die weiterhin betreuen, die finanziellen Beiträge gut oder erlassen sie ihnen. Der positive Effekt

daraus: Existenzsicherung für die Betreuungseinrichtungen, Entlastung für die Eltern und vor allem eine gestärkte Zusammenarbeit untereinander. Diese ist unabhängig, auch über die Coronakrise hinaus!

Simone Sprecher, Regionalleiterin Verband Kibesuisse; Cornelia Glenz, Delegierte Kibesuisse und Leiterin Kita Campus, PH Luzern

«Dämlich» und «herrlich» und die Irreführungen der deutschen Sprache

Zum Leserbrief «Beiderlei Geschlechter», Ausgabe vom 18. April

Der kurze Leserbrief von Vreni Häller erfordert eine Entgegnung: Leider ist die deutsche Sprache bei den Wörtern «dämlich» beziehungsweise «herrlich» völlig irreführend. Es ist freilich naheliegend und somit verständlich, wenn diese Adjektive mit «Dame» und «Herr» assoziiert werden und also auch hier Anlass zu einer Genderdebatte geben. Ihr Ursprung ist aber ein anderer: «Dämlich» hat seinen Hinter-

grund bei «Dämmerung» (im Sinne von «unterbelichtet»), und das entsprechende «bedämmerter» wurde dann zum bekannten «belämmert» (das seinerseits nichts mit einem Lamm zu tun hat, sondern also aus einem Abschleifen der Aussprache resultierte). Und bei «herrlich» ist der Hintergrund im Wort «hehr» zu suchen (zum Beispiel «hehre Ziele und Taten»). Vermutlich hat sich aber dieses Missverständnis schon früh einmal eingeschlichen, sodass eine sinngemässe Schreibweise «dämmlich» und «hehrlich»

dann eben in die uns heute gebräuchliche, sinnstörende und verführerische Schreibpraxis von «dämlich» und «herrlich» verwandelt wurde.

Patrizio Mazzola, Bern/Luzern

Im Beitrag mit Nik Hartmann bezieht sich «dämlich» keinesfalls auf die weibliche Form von «Dame», sondern kann gleichgesetzt werden mit «blöd» oder «einfältig.»

Hans Bachmann, Eisenbahnvorstadt, Sursee

Prachtsmännchen bei der Balz



Unsere Leserin hatte in Vitznau eine Begegnung mit einem wunderschönen Pfau.

Leserbild: Priska Arnold, Holzhäusern

Dem Begriff haftet etwas Abschätziges an

«So sollen Beizen und Läden öffnen», Ausgabe vom 22. April

In den Print- und Digitalmedien liest man seit Ausbruch der Coronakrise immer und immer häufiger die Begriffe «Beizen» oder «Beizer». Der ehemalige Präsident des Gastro-Vereins Region Willisau, Hannes Baumann, hat an der diesjährigen Generalversammlung noch vor der Coro-

nakrise erklärt, dass er während seiner Präsidentschaft immer ein Verfechter einer korrekten Bezeichnung von Betrieben gewesen sei. Für ihn gebe es Restaurants, Gastronomiebetriebe und Wirtschaftshäuser. Nach wie vor könne er nicht verstehen, wie studierte Journalisten in einem hochdeutschen Text ein schweizerdeutsches Wort verwenden oder gar ausschliesslich von «Beizen» schreiben. Dieser Mei-

nung schliesse ich mich voll und ganz an, trotz Doku-Soap «Mini Beiz, dini Beiz», welche von 2014 bis 2019 auf SRF 1 abließ. Den Begriffen «Beiz» oder «Beizer» haften etwas Abschätziges an. Ich bitte um etwas mehr Respekt gegenüber den Gastronomiebetrieben – vor allem auch in Zeiten des Coronavirus!

Peter Helfenstein, Hergiswil bei Willisau

Wie die Wirtschaft wieder in Gang kommt

Zur Lockerung der Coronamassnahmen

Wie kam eigentlich der Bund dazu, die Ü65-Jährigen pauschal als Gefährdete zu stigmatisieren und allesamt in die Isolation zu schicken? Und weshalb zeigte der Bundesrat bei seinen bisherigen Pressekonferenzen diesen besonders Betroffenen nicht einmal eine Perspektive? Es geht hier um rund einen Drittel der Schweizer Bevölkerung. Noch immer sollen die «Alten» zu Hause bleiben, und der Kontakt mit Enkelkindern bleibt verboten.

Man sagt, man wolle uns schützen, obwohl nur ein Teil dieser zweieinhalb Millionen älteren Menschen in unserem Land besonders Gefährdete sind. So sperrt uns die Regierung quasi unter Kausalhaftung weg und verstösst damit gegen die in der Bundesverfassung garantierten Grundrechte der persönlichen Freiheit und der Rechtsgleichheit. Auch die Wirtschaftsverbände werden uns vermutlich erst dann wieder bemerken, wenn sie feststellen, dass diese 2,5 Millionen Senioren ein relevanter Wirtschaftsfaktor sind, der gerade beim Ausstieg aus der Coronakrise stark stimulierend sein könnte.

Ich appelliere an die Ü65er-Generation, sich nicht weiter einschüchtern zu lassen, und unter Beibehaltung der Abstands- und Sauberkeitsanweisungen sich aus der Isolation zu lösen, und mündig und eigenverantwortlich wieder am Leben teilzunehmen. Selbstverständlich werden wir Rücksicht auf die besonders gefährdeten Mitmenschen nehmen, ob Jung oder Alt. In meiner

langjährigen Arbeit im Gefahren- und Risikomanagement hatte ich häufig mit Spezialisten zu tun, die man zwischendurch wieder auf den Boden zurückholen musste, da sonst die Autobahnen oder Eisenbahnlinien nach Ereignissen kaum je wieder hätten geöffnet werden können. Ich halte es für gefährlich, anerkannte kritische Wissenschaftler bei der Krisenbewältigung nicht auch mit zu berücksichtigen.

Urs Thali, Göschenen

In einem Inserat fordert die Tourismusbranche vom Bund einen konkreten Plan zur Lockerung der Massnahmen (Ausgabe vom 21. April). Sinnvoller wäre es, mit den Unterstützungsgeldern des Bundes für die Tourismusbranche in Zeiten der Coronakrise Vergünstigungen mit der Hotellerie und den Bergbahnen der Tourismusregionen auszuhandeln. Dies als Anstoss für möglichst viele Schweizer Familien, in ihrem eigenen Land Ferien zu verbringen. So wäre das Bundesgeld gut investiert, eine Win-win-Situation für alle Beteiligten!

Brigitte Kläy, Meggen

Im Moment wird eine zunehmende Tendenz spürbar, Gesundheit und Wirtschaft gegeneinander auszuspielen, als ob diese beiden Errungenschaften Gegensätze wären. Ist dies zielführend? Die Wirtschaft braucht gesunde Menschen, und die Menschen brauchen eine gesunde Wirtschaft. Nicht die Virologen und

die Epidemiologen haben das Virus erfunden, sondern es ist die Natur, die uns diese Herausforderung auferlegt. Die heutige Situation ist für Arbeitnehmende und Arbeitgebende schlimm. Aber: Würde die Wirtschaft nicht noch viel stärker leiden, wenn die Erkenntnisse der Epidemiologie missachtet würden? Wir alle verfügen über wenig gesichertes Wissen über das neue Virus. Das ist belastend. Noch viel belastender, weil misstrauenserweckend sind die vielen widersprüchlichen Meinungen, Ideen, Vermutungen und Zweckbehauptungen, um diese Wissenslücken zu füllen. Nicht selten stellen sie sich wenig später als Irrtümer heraus. So in den letzten Wochen mehrfach geschehen. Es braucht Mut, Wissenslücken einzugestehen. Eine für alle klare Strategie, wie wir mit der Bedrohung durch das Virus trotz Wissensdefiziten umgehen können, und Offenheit über die zur Verfügung stehenden Mittel habe ich in letzter Zeit wiederholt vermisst.

Jürg Fritschi, Obernau

Könnte nicht jeder in der Schweiz auf 1 Prozent Lohn und jeder Rentner auf 2 Prozent Rente verzichten und so einen Solidaritätsbeitrag leisten? So lautet der Vorschlag von Isidor Kunz, Bergbauer (Leserbrief vom 20. April). Ich hoffe doch, dass die Bergbauer dann auch auf 2 Prozent der Subventionen für die Bergzone III verzichten.

Hans Bucher, Rentner, früher Arbeiter, Luzern